



## **Start of Hans Strauss Collection**

**AR 4879**

Sys #: 000196869

LEO BAECK INSTITUTE

Center for Jewish History

15 West 16th Street

New York, NY 10011

Phone: (212) 744-6400

Fax: (212) 988-1305

Email: [lbaeck@lbi.cjh.org](mailto:lbaeck@lbi.cjh.org)

URL: <http://www.lbi.org>

AR 4879

1/1

Hans Strauss Collection, 1952-1956

B 32/41

3119

Strauss, Hans    frueher Rechtsanwalt  
                  in Berlin

(B 334)  
AR-A.1095  
4879

1. "Die Behandlung verspäteter Wiedergutmachungs-  
anträge" N.Y.Staats-Ztg. und Herold  
I.und II. 20.Okt. 1952 Ztg.Art 1p  
III.und IV. 21.Okt. 1952 " 1p
2. United Restitution Organisation Ltd., London  
Rundschreiben 1.9.1956 "An alle URO Bueros"  
Betr. Gewaehrung von Darlehen an Ruueckerstattungs-  
berechtigte Vervielf. 8p

1.Name 2.Restitution

3.Organisationen URO

# Die Behandlung verspäteter Wiedergutmachungsanträge

Von Dr. jur. HANS STRAUSS,  
früher Rechtsanwalt bei den Landgerichten in Berlin

## I.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht Fälle bekannt werden, in denen Rückerstattungs- oder Entschädigungsanträge seitens der Opfer des Naziregimes nicht oder nicht rechtzeitig nach Maßgabe der in den verschiedenen Gesetzen vorgesehenen Fristen eingereicht worden sind. Diese Fristen sind (abgesehen von West-Berlin, wo noch eine Möglichkeit zur Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen bis zum 31. Oktober 1952 besteht) längst und unwiderruflich abgelaufen. Kraft positiver gesetzlicher Vorschriften, denen sich die Rechtsprechung aller in Betracht kommender oberster Gerichtshöfe angeschlossen hat, handelt es sich bei jenen Fristen um sogenannte Ausschlussfristen, gegen deren Versäumnis keine wie immer geartete Möglichkeit zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegeben ist. Dieses im sonstigen Rechtsverkehr vielfach gebräuchliche Mittel kann also nicht einmal dann herangezogen werden, wenn die Versäumnis der Frist völlig unverschuldet war, d. h. wenn sie z. B. auf Minderjährigkeit, geistiger Erkrankung oder völliger Abgeschlossenheit von einer Verständigung mit der Außenwelt beruhte. (Im Rückerstattungsrecht der französischen Zone gab es zwar eine solche Wiedereinsetzungsmöglichkeit, weil hier die Vorschriften der deutschen Zivilprozeßordnung für anwendbar erklärt waren, doch ist auch die Frist hierzu längst abgelaufen.)

## II.

Mit dieser grundsätzlichen Vorbemerkung ist aber noch keineswegs gesagt, daß nun in jedem Falle einer Fristversäumnis die Möglichkeit, doch noch Wiedergutmachung für im Nazistat erlittenes Unrecht zu erlangen, ausgeschlossen ist. Vielmehr bedarf es in jedem einzelnen Falle sorgfältigster Prüfung aller Umstände, wobei sich häufig Möglichkeiten technischer Art ergeben, die — dem Laien fast immer unerkennbar — formale Wege eröffnen, das Fehlen einer rechtzeitigen Anmeldung des Betroffenen wettzumachen.

Es kann nicht der Zweck dieser Betrachtungen sein, die Beratung der in Betracht kommenden Verfolgten durch ihre Vertrauensanwälte zu ersetzen. Vielmehr soll nur auf einige besonders häufige Gesichtspunkte hingewiesen werden, die dem Betroffenen die Möglichkeit geben, sich selbst darüber schlüssig zu werden, ob die Einholung weiterer Auskünfte gerechtfertigt erscheint:

a) Artikel 56 REG für die U.S. Zone (Artikel 48 REG für die britische Zone) bestimmt, daß die Anmeldung eines Mitberechtigten zugunsten solcher anderer Mitberechtigter Wirkung hat, die eine selbständige, rechtzeitige Anmeldung nicht vorgenommen haben. Hat z. B. der Mitinhaber eines Handelsgeschäftes oder eines Grundstückes die Entziehung desselben zum Gegenstand einer rechtzeitigen Anmeldung gemacht, so gilt diese Anmeldung gleichzeitig als die rechtzeitige Anmeldung aller übrigen früheren Mitinhaber. Dies wird besonders noch dadurch untermauert, daß das Gesetz für aufgelöste Rechtspersönlichkeiten des Handelsrechts in Artikel 9 REG U.S. Zone (Artikel 8 REG britische Zone) Sonderbestimmungen für diesen Tatbestand vorsieht.

b) In Artikel 56 REG U.S. Zone (Artikel 48 REG britische Zone) ist ferner ausdrücklich vorgesehen, daß die rechtzeitige Anmeldung eines völlig Unberechtigten zugunsten des wahren Berechtigten wirkt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Anmeldende von der Berechtigung seiner eigenen Person zur Geltendmachung der seinerzeitigen Anmeldung überzeugt war oder im guten Glauben überzeugt sein konnte, sondern auch eine solche Anmeldung, die in doloser Absicht oder ohne jedes Motiv rechtzeitig von einem Nichtberechtigten getätigt wurde, begünstigt den wahren Berechtigten. Natürlich ist Voraussetzung, daß der letztere (d. h. ein Verfolgter oder dessen Rechtsnachfolger, der die rechtzeitige Anmeldung eigener Ansprüche versäumt hat) von der ihm durch Artikel 56 (Artikel 48) REG gegebenen, außerordentlichen Chance Gebrauch macht. Nach der Rechtsprechung der obersten Gerichte ist zum Eintritt in ein Rückerstattungsverfahren, das durch die Anmeldung eines Nichtberechtigten ausgelöst wurde, der wahre Berechtigte jederzeit, und zwar selbst dann noch in der Lage, wenn der nichtberechtigte Anmelder mangels Nachweises seiner Aktivlegitimation im Sinne

des Artikels 7 REG U.S. Zone (Artikel 6 REG britische Zone) mit seinen geltendgemachten Ansprüchen rechtskräftig abgewiesen worden ist. Eine derartige Abweisung hat also keine sachliche, sondern nur persönliche Rechtskraftwirkung, ebensowenig wie ein von einem Nichtberechtigten abgeschlossener Vergleich gegenüber den Anfechtungs- oder sonstigen Maßnahmen der wahren Berechtigten von Rechtsbeständigkeit sein kann.

Die in Betracht kommenden Kreise müssen sich jedoch vor Augen halten, daß die jetzt in vollem Gange befindliche Rückerstattungsprozedur eines Tages ihr Ende finden wird. Es ist damit zu rechnen, daß durch ein Abschlußgesetz zur Wahrnehmung der Rechte aus Anmeldungen Nichtberechtigter eine weitere Ausschlussfrist für die wahren Berechtigten gesetzt werden wird. Es empfiehlt sich deshalb dringlichst, bei Versäumnis der eigenen Anmeldungsfrist möglichst bald den Möglichkeiten nachzugehen, die sich etwa aus der rechtzeitigen Anmeldung Nichtberechtigter ergeben. Aus meiner Erfahrung vermag ich zu bestätigen, daß in zahlreichen Fällen — häufig den wahren Berechtigten ganz unbekannt — derartige rechtzeitige Anmeldungen nichtberechtigter Personen bei den Zentralanmeldedämtern eingegangen sind.

(c) Zu unterscheiden von derartigen Situationen sind grundsätzlich diejenigen Fälle, in denen eine rechtzeitige Anmeldung von Individualansprüchen auch nicht von nichtberechtigter Seite, wohl aber von einer Nachfolgeorganisation geltendgemacht worden sind. Die letzteren kommen bekanntlich nach Artikel 11 REG U. S. Zone (Artikel 9 REG britische Zone) stets, jedoch nur dann aus eigenem Rechte zum Zuge, wenn es an jeglicher rechtzeitiger Individual- Anmeldung mangelt, die Organisationen jedoch eine rechtzeitige Anmeldung eingereicht haben. Liegen jedoch neben der Anmeldung einer der Organisationen private Anmeldungen vor (auch wenn sie von einer nichtberechtigten Person stammen), so kann der wahre Berechtigte jederzeit von der Nachfolgeorganisation, die inzwischen etwa in das Verfahren infolge Fehlens eines wahren Berechtigten eingetreten ist, verlangen, daß diese ihm die Weiterführung des Verfahrens an Stelle der Organisation überläßt bzw. dasjenige nach Abzug ihrer Bearbeitungsgebühren herausgibt, was sie bereits im Zuge eines solchen Verfahrens von dem Rückerstattungs-Pflichtigen erlangt haben sollte. Dabei ist die Streitfrage noch ungeklärt, ob ein unter derartigen Umständen ergangener Entscheid oder abgeschlossener Vergleich zugunsten der Nachfolgeorganisation den verspätet an ihrer Stelle in das Verfahren eintretenden, sich auf die rechtzeitige Individualanmeldung eines Nichtberechtigten stützenden Verfolgten blindet.

d) Sofern eine der Nachfolgeorganisationen infolge völligen Fehlens einer rechtzeitigen Individualanmeldung endgültig gemäß Artikel 11 (9) REG die Rechtstellung des wahren Berechtigten erlangt hat, kommt für die Übertragung dieser Rechtstellung oder der aus ihr fließenden Vorteile auf die ehemals wahren Berechtigten (die diese Position durch Fristablauf verloren haben) nur das Verfahren vor dem Board of Equity in Betracht, das bei den verschiedenen Nachfolgeorganisationen eingerichtet worden ist. Dieses Verfahren ist nicht gesetzlich geregelt, jedoch vom Gesetzgeber durch Erteilung der notwendigen Devisengenehmigungen sanktioniert worden. So bestand z. B. bei der für die amerikanische Zone bestellten Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) eine Möglichkeit, bis zum 31. Dezember 1950 Gesuche beim Board of Equity anzubringen. Soeben (am 30. September 1952) ist eine ähnliche Frist hinsichtlich der für die britische Zone bestellten Jewish Trust Company (JTC) abgelaufen. Zwar werden diese Gesellschaften im Regelfalle nach Ablauf jener Fristen eingehende Gesuche nicht bearbeiten wollen, weil damit die Fristsetzung als solche praktisch illusorisch gemacht wird; da es sich jedoch nicht um gesetzliche Fristen handelt, kann insoweit nicht ohne weiteres die völlige Aussichtslosigkeit derartig verspäteter Gesuche im Einzelfalle angenommen werden, insbesondere dann nicht, wenn in ausreichender Weise glaubhaft gemacht werden kann, weshalb sowohl der Versäumnis der gesetzlichen Anmeldefrist wie auch die Versäumnis der nachträglich gewährten Frist zur Stellung von Billigkeitgesuchen eine unverschuldete war.

(Fortsetzung und Schluß morgen)

## Die Behandlung verspäteter Wiedergutmachungsanträge

Von Dr. jur. HANS STRAUSS,

früher Rechtsanwalt bei den Landgerichten in Berlin

### III.

(a) Häufig ist es trotz des äußeren Anscheins aber gar nicht einmal sicher, daß eine echte Veräumnis der Anmeldefristen des Artikels 56 (48) REG vorliegt. Oft läßt sich vielmehr der Schaden durch Verweisung auf Artikel 58 (50) REG beseitigen. Dort ist bestimmt, daß die vorgesehene Frist für die Anmeldung eines Rückerstattungsanspruches auch dann als gewahrt gilt, wenn sie unvollständig und nicht in der vorgeschriebenen Form vorgenommen worden ist. Die höchst richterliche Rechtsprechung zur Auslegung dieser Bestimmung ist außerst großzügig und entspricht der Tendenz des Gesetzes, "in möglichst großem Umfange beschleunigt die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände zu bewirken". (Artikel 1). Sofern überhaupt nur irgendeine rechtzeitige Anmeldung erfolgt ist, kann dieselbe, wenn sie nicht zu allgemein gehalten ist (Globalanmeldung), später ergänzt und berichtigt werden. Zum Beispiel genügt nach der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe die Erklärung in der Anmeldung, da die Entziehung von Bankkonten oder Wertpapieren oder Grundstücken (ohne weitere Beschreibung) geltend gemacht werden solle, sofern nur die Möglichkeit gegeben ist, aus der Gesamtheit aller Umstände die Identifizierung der zurückverlangten Objekte auch unter Heranziehung weiterer Akten und Informationen aus der Anmeldung selbst heraus vorzunehmen. Nur dann kann eine derartige ungenaue Anmeldung nichts nützen, wenn sie auch bei großzügigster Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen nicht mit dem später spezifizierten Vermögensgegenstand in einen Zusammenhang zu bringen ist.

b) Übrigens kann auch aus Erfahrung heraus für den nicht seltenen Fall einer auf fehlerhafter Rechtsansicht oder auf anderen Gründen beruhenden Zurücknahme eines rechtzeitig gestellten Antrages bewirkt werden, daß eine solche Zurücknahme keine endgültige Wirkung zu haben braucht, sondern je nach den Umständen des Falles nur als eine prozessuale Erklärung aufzufassen ist, die die Wirkungen der rechtzeitig erfolgten Anmeldung und die Wiederaufnahme des Rückerstattungsverfahrens nicht zu beseitigen vermag. Natürlich kommt es hierbei stets auf die Besonderheiten des einzelnen Falles an, ohne die die Aussichten in derartigen Situationen als schlechte im Sinne der Rückerstattungsberechtigten anzusprechen sind.

### IV.

Artikel 57 und 60 REG U. S. Zone (Artikel 49 und 52 REG britische Zone) bestimmen, daß Ansprüche, die unter das REG fallen, nur im Verfahren nach jenem Gesetz und unter Einhaltung seiner Fristen geltend gemacht werden können, soweit das REG nicht selbst etwas anderes bestimmt. Die Zuständigkeit der Wiedergutmachungsgerichte für die Geltendmachung derartiger Ansprüche ist eine ausschließliche, jedoch können Ansprüche aus unerlaubter Handlung (dies für die amerikanische Zone) oder aus sonstigen Gründen (dies für die britische Zone), die nicht unter das REG fallen, im ordentlichen Rechtswege geltend gemacht werden. Diese bisher in der Praxis noch wenig benutzte Bestimmung eröffnet gewisse in

ihrer Tragweite noch nicht übersehbare Möglichkeiten zur Geltendmachung von Ansprüchen nach Maßgabe der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (Paragraph 823 ff. BGB) vor den ordentlichen Gerichten, ohne daß hierzu die besonderen Fristen des REG einzuhalten sind, wobei jedoch bemerkt sei, daß auch das BGB Verjährungsfristen für Ansprüche aus unerlaubten Handlungen kennt. Ganz besondere praktische Bedeutung dürften vorstehende Bestimmungen bei Ansprüchen gegen das Deutsche Reich erlangen, deren rechtzeitige spezifizierte Anmeldungen dadurch unterblieben sind, daß im Zeitpunkte des Ablaufes der Anmeldefrist eine Rechtsunsicherheit darüber bestand, ob derartige Ansprüche nach Maßgabe des REG oder der künftigen Gesetzgebung über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus anzumelden seien. Zwar ist damit zu rechnen, daß die durch diese Rechtsunsicherheit vielfach eingetretene, auf der Veräumnis der richtigen Anmeldefrist beruhende Rechtsnot durch die künftige Bundesgesetzgebung zu einem erheblichen Maße beseitigt werden wird, von der man erwartet, daß sie neue, ausreichende Anmeldefristen für Ansprüche aller Art, die sich gegen das Deutsche Reich richten, gewähren wird.

Soweit jedoch diese Gesetzgebung nicht ausreicht — und in jedem Falle bis zu ihren Inkrafttreten — sollte bei Versäumung der Anmeldefristen gegenüber dem Deutschen Reich die Möglichkeit der Geltendmachung von Ansprüchen vor den ordentlichen Gerichten sorgfältig nachgeprüft werden. Es erscheint — trotz aller formalen Hindernisse — völlig undenkbar, daß z. B. das Deutsche Reich wertvolle Vermögensobjekte eines von ihm Ermordeten nur um deswillen für alle Zeiten im Besitz zu behalten für gerechtfertigt erklärt werden sollte, weil es die Erben des Ermordeten — häufig in völliger Unkenntnis ihrer Erbenstellung oder Beraubung und der Ermordung ihres Erblassers — verabsäumt haben, innerhalb der kurzen Fristen, die das REG vorsah, eine Rückerstattungsanmeldung vorzunehmen. Seit wann wäre es mit dem Gedanken des Rechts vereinbar, daß der Mörder die Habe des von ihm beraubten Ermordeten für alle Ewigkeit behalten darf, nur um deswillen, daß innerhalb einer bestimmten, äußerst kurz gehaltenen und mit den regelmäßigen Verjährungsfristen des BGB nicht vergleichbaren Ausschlussfrist ein Verlangen auf Herausgabe des Unrechtsgutes nicht gestellt wurde? Eine derartige Handhabung würde eine Prämie für künftige Wiederholung ähnlicher Vorgänge darstellen, die um so höher für den Staat ausfallen würde, je rücksichtsloser er bei den Verfolgungsmaßnahmen vorgegangen ist.

### V.

Die in den vorstehenden Ausführungen gemachten Hinweise sind unverändert auf die Verhältnisse unter der West-Berlin REAO übertragbar, auch wenn deren einzeln in Betracht zu ziehende Artikel nicht ausdrücklich zitiert worden sind.

Dagegen gelten für die französische Zone vielfach andere Bestimmungen, jedoch sei bemerkt, daß dort erst jetzt eine jüdische Nachfolgerorganisation in Gestalt der französischen Abteilung der Jewish Trust Company in Mainz ins Leben gerufen worden ist, bei welcher die alsbaldige Einreichung von Billigkeitgesuchen besonders zweckmäßig ist, weil diese Organisation noch bis zum 1. Mai 1953 Frist hat, durch Erhebung neuer Restitutionsklagen die Geltendmachung von bisher verabsäumten Rückerstattungsansprüchen nachzuholen.

Bonn, heute

# UNITED RESTITUTION ORGANISATION LTD.

Telegrams (Inland):  
UROCLAIMS HAVER LONDON  
Cables (Foreign):  
UROCLAIMS LONDON

183/189, FINCHLEY ROAD  
(Entrance from Goldhurst Terrace)  
LONDON - N.W.3

Telephone: KILburn 0021-0025

VERTRAULICH!

FG/PE/L.21a

1. September 1956

Rundschreiben Nr.L 27 - 1956

An alle URO Bueros.

Betr. Gewaehrung von Darlehen an Rueckerstattungs-berechtigte.

Den nachfolgenden Erlass des Bundesministers der Finanzen -V B/4-O 1480 - 241/56 - vom 13. August 1956 erlauben wir uns, Ihnen in Abschrift zu uebersenden. Aus der Mitteilung des Bundesfinanzministeriums entnehmen wir, dass auch in Berlin nunmehr Darlehen auf Grund einer noch nicht rechtskraeftigen Entscheidung gewaehrt werden werden, wenn gegen die Entscheidung von Seiten des Deutschen Reiches ein Rechtsmittel nicht eingelegt ist (vgl. Nr. 1 des Erlasses).

" Die Oberfinanzdirektionen werden mit sofortiger Wirkung ermächtigt, auf Antrag unverzinsliche Darlehen an Rueckerstattungs-berechtigte, denen ein rueckerstattungsrechtlicher Geldanspruch gegen das Deutsche Reich zusteht, nach Massgabe der folgenden Richtlinien zu gewaehren:

1. Voraussetzung fuer die Darlehensgewaehrung ist eine rechtskraeftige Entscheidung oder ein rechtsgueltiger Vergleich, nach denen das Deutsche Reich zur Zahlung eines RM- oder DM-Betrages verpflichtet ist. Ein Darlehen kann auch auf Grund einer noch nicht rechtskraeftigen Entscheidung gewaehrt werden, wenn gegen die Entscheidung von Seiten des Deutschen Reichs ein Rechtsmittel nicht eingelegt worden ist. Ein Darlehen kann ferner gewaehrt werden, wenn in Hoehe des unstreitigen Betrages ein Teilvergleich abgeschlossen ist.
2. Voraussetzung fuer die Darlehensgewaehrung ist ferner, dass der Berechtigte seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat
  - a) im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West) oder
  - b) in einem Staat, mit dessen Regierung die Bundesrepublik Deutschland im Zeitpunkt der Darlehensgewaehrung diplomatische Beziehungen unterhaelt, oder
  - c) in Israel oder Finnland.
3. Voraussetzung fuer die Darlehensgewaehrung ist schliesslich, dass der Berechtigte
  - a) das 60. Lebensjahr vollendet hat, oder
  - b) durch Krankheit oder Gebrechen in seiner Erwerbsfaehigkeit um mindestens 50 v.H. gemindert ist, oder
  - c) beduerftig ist.

Zu a):

Soweit sich das Lebensalter des Berechtigten nicht aus den bei der Oberfinanzdirektion vorhandenen Unterlagen ergibt, ist es durch Vorlage der Geburtsurkunde oder anderer amtlicher Urkunden nachzuweisen. Kann ein solcher Nachweis infolge der Lage, in die der Berechtigte durch nat. soz. Verfolgungsmassnahmen geraten ist, nicht vollstaendig erbracht werden, so

genuegt

genuegt Glaubhaftmachung.

Zu b):

(1) Hat der Berechtigte seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West), so ist die Minderung der Erwerbsfaehigkeit um mindestens 50 v.H. durch amtsaerztliches Zeugnis nachzuweisen.

(2) Hat der Berechtigte seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in einem Staate, in dem eine diplomatische, konsularische oder Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland besteht, so ist der Nachweis durch Zeugnis eines Vertrauensarztes dieser deutschen Vertretung zu fuehren.

(3) Hat der Berechtigte seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in Israel, so ist ein aerztliches Gutachten durch die Israel-Mission in Koeln-Ehrenfeld I, Subbelratherstr.15, einzuholen. Sofern sich nicht ernstliche Bedenken gegen das Gutachten ergeben, ist es dem Zeugnis eines Vertrauensarztes einer deutschen Vertretung im Ausland gleichzustellen.

Zu c):

(1) Hat der Berechtigte seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West), so ist die Beduerftigkeit durch eine Bescheinigung des zustaeendigen Finanzamtes ueber sein Einkommen nachzuweisen. Eine Beduerftigkeit im Sinne dieser Richtlinien ist anzunehmen, wenn das monatliche Einkommen eines Berechtigten etwa den 2-fachen Betrag des Fuersorgergerichtssatzes nicht uebersteigt.

(2) Eine Beduerftigkeit im Sinne dieser Richtlinien besteht ferner,

wenn der Berechtigte infolge aussergewoehnlicher oder unvorhergesehener unverschuldeter Ereignisse Aufwendungen machen oder Verbindlichkeiten eingehen muss, die er ohne ein Darlehen nicht oder nur unter erschwerenden Bedingungen zu tragen oder zu erfuellen vermag,

oder

wenn nur durch die Gewaehrung eines Darlehens der Eintritt eines erheblichen wirtschaftlichen Schadens fuer den Antragsteller verhindert werden kann.

(3) Hat der Berechtigte seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in einem Staat, mit dessen Regierung die Bundesrepublik Deutschland im Zeitpunkt der Darlehensgewaehrung diplomatische Beziehungen unterhaelt, so ist Grundlage fuer die Anerkennung der Beduerftigkeit im Sinne der vorstehenden Bestimmungen, eine Bescheinigung gemaess Anlage I der zustaeendigen Vertretung - bzw. der Israel-Mission oder der Irgun Oley Merkaz Europa (vgl. Erlass vom 22.3.1955 - V B/4 - O 1480 - 37/55-)-. Eine Beduerftigkeit im Sinne dieser Richtlinien ist anzunehmen, wenn das monatliche Einkommen des Berechtigten nicht mehr als das Doppelte des Existenzminimums eines Einwohners gleichen Familienstandes des betreffenden Staats betraegt.

4. Steht der rueckerstattungsrechtliche Geldanspruch mehreren Personen zur gesamten Hand oder gemeinschaftlich nach Bruchteilen zu, so kann die Darlehensgewaehrung an die Gemeinschaft erfolgen, wenn die Voraussetzungen der Ziffer 3 bei einem Mitglied der Gemeinschaft vorliegen. Eine Darlehensgewaehrung an ein Mitglied oder mehrere Mitglieder der Gemeinschaft kann nur erfolgen, wenn saemtliche Mitglieder dieser Darlehensgewaehrung zustimmen und sich damit einverstanden erklaren, dass das Darlehen mit dem ihnen gemeinsam zustehenden Anspruch verrechnet wird.

5. Darlehen koennen nach Massgabe der Ziffer 7 bis zu einem Gesamtbetrag von 10.000,-- DM gewaehrt werden.

6. (1) Hat der Berechtigte bereits Darlehen auf seine rueckerstattungsrechtlichen Geldansprueche gegen das Deutsche Reich von einer Oberfinanzdirektion oder mehreren Oberfinanzdirektionen erhalten, so sind diese Darlehen auf den Hoechstbetrag von 10.000,-- DM (Ziff. 5) anzurechnen.

(2) Ist ein rueckerstattungsrechtlicher Geldanspruch des Berechtigten gegen das Deutsche Reich ganz oder teilweise an Dritte abgetreten oder verpfandet oder gepfandet worden, so kann ein Darlehen auf diesen Anspruch nur gewaehrt werden, wenn der Zessionar oder Pfandglaebiger der Darlehensgewaehrung zustimmt.

(3) Ist ein rueckerstattungsrechtlicher Geldanspruch nach § 60 Abs. 1 des Bundesentschaedigungsgesetzes (BEG) in der Fassung des Gesetzes vom 29.6.1956 (BGBl. I S. 559, 562) teilweise auf ein Land uebergegangen, so kann ein Darlehen auf diesen Anspruch nur mit Zustimmung des Landes gewaehrt werden.

(4) Soweit sich die Voraussetzungen zu Absatz 1 bis 3 nicht aus den bei der Oberfinanzdirektion vorhandenen Unterlagen ergeben, ist der Berechtigte oder ein von dem Berechtigten bevollmaechtigter Vertreter oder ein von dem Berechtigten bevollmaechtigter Vertreter vor der Darlehensgewaehrung zur Erklaerung aufzufordern. In dieser Erklaerung hat der Berechtigte oder der hierzu von dem Berechtigten bevollmaechtigte Vertreter anzugeben

- a) ob ihm bereits Darlehen auf seine rueckerstattungsrechtlichen Geldansprueche gegen das Deutsche Reich von anderen Oberfinanzdirektionen gewaehrt worden sind oder ob er bei anderen Oberfinanzdirektionen einen Antrag auf Darlehensgewaehrung gestellt hat,
- b) ob seine rueckerstattungsrechtlichen Geldansprueche gegen das Deutsche Reich ganz oder teilweise abgetreten, verpfandet oder gepfandet sind,
- c) ob er nach § 60 Abs. 1 BEG einen Entschaeidungsanspruch geltend gemacht hat, gegebenenfalls bei welcher Entschaeidungsbehoerde und unter welchem Aktenzeichen das Entschaeidungsverfahren anhaengig war oder ist.

Die Oberfinanzdirektion hat sich ggfs. im Falle zu a) mit den anderen Oberfinanzdirektionen, im Falle zu b) mit dem Zessionar oder Pfandglaebiger und im Falle zu c) mit der Entschaeidungsbehoerde in Verbindung zu setzen und die weiteren Ermittlungen von Amts wegen anzustellen.

7. Fuer die Errechnung der Hoehe des Darlehens gilt folgendes:

- a) (1) Geldsummenansprueche sind im Verhaeltnis 10 RM : 1 DM umzurechnen. Unter den Begriff der Geldsummenansprueche fallen nur die auf Zahlung eines RM-Betrages gerichteten Ansprueche, die im Verhaeltnis 10 : 1 umzustellen oder umzurechnen waeren, wenn sie sich nicht gegen das Deutsche Reich richteten.

(Beispiele: Anspruch auf Herausgabe des Reinertrages der Nutzungen, die vor dem 8.5.1945 gezogen worden sind; Nachzahlungsanspruch gemass Art. 13 brit. REG, Art. 16 am. REG, Art. 14 REAO; Anspruch auf Herausgabe des Erloeses nach Art. 25 brit. REG, Art. 29 am. REG, Art. 26 REAO).

(2) Zinsansprueche sind bei der Errechnung der Hoehe des Darlehens nicht zu beruecksichtigen.

b)



- b) (1) Sind Schadensersatzansprueche in DM festgesetzt, so ist der DM-Betrag der Darlehensgewaehrung zugrunde zu legen. Ist nur der RM-Wert einer entzogenen Sache festgestellt worden, so ist bei der Darlehensgewaehrung von einem DM-Betrag im gleichen Nennbetrage auszugehen.
- (2) Ist das Deutsche Reich zur Leistung von Schadensersatz wegen der Entziehung von Wertpapieren verpflichtet, so sind der Errechnung des Darlehensbetrages 50 v.H. des Kurswertes der Wertpapiere am 1.4.1956 zugrunde zu legen.
- (3) Ist das Deutsche Reich zur Leistung von Schadensersatz verpflichtet, der in der Zahlung einer Rente besteht, so sind bei der Errechnung der Hoehe des Darlehens nur die im Zeitpunkt des Abschlusses des Darlehensvertrages rueckstaendigen Rentenbeträge zu beruecksichtigen.
- (4) Schadensersatzansprueche, bei denen weder der Wiederbeschaffungswert in DM noch der Entziehungswert in RM festgestellt ist, koennen der Darlehensgewaehrung nicht zugrunde gelegt werden.
- (5) Ist der Schadensersatz fuer die Entziehung einer RM-Forderung zu leisten, so ist der Darlehensgewaehrung der DM-Betrag zugrunde zu legen, zu dem die RM-Forderung - ohne die Entziehung - umgestellt worden waere.
- (6) Eine Entschaedigung, die der Berechtigte ohne die Entziehung der RM-Forderung nach dem Altsparengesetz erhalten haette, ist bei der Errechnung der Hoehe des Darlehens nicht zu beruecksichtigen.
- (7) Schadensersatzansprueche wegen Entziehung einer gegen das Deutsche Reich gerichteten - verbrieften oder unverbrieften - Forderung koennen der Darlehensgewaehrung nicht zugrunde gelegt werden.
- (8) Zinsen oder Nutzungen, die der Berechtigte ohne die Entziehung aus dem Vermoegensgegenstand gezogen haette, sind bei der Errechnung der Hoehe des Darlehens nicht zu beruecksichtigen.

8. Beispiele fuer die Errechnung der Darlehensbeträge gemaess Ziffer 7:

1. Beispiel:

In den Entscheidungen oder Ver-	Bei der Darlehensgewaehrung
gleichen festgestellte Betraege:	zugrunde zu legen:

Schadensersatz fuer Hausrat, Edelmetallgegenstaende und dgl. (heutiger Wiederbeschaffungswert 1.000 DM oder Entziehungswert 1.000 RM)	1.000,--	DM	
Schadensersatz fuer Wertpapiere (Kurswert 1.4.1956): 2.000 DM	1.000,--	DM	
Schadensersatz fuer Bankkonten in Hoehe von 1.000 RM	65,--	DM	(Berlin: 50,-- DM)
Schadensersatz fuer Reichsschatz- anweisungen und fuer sonstige ge- gen das Deutsche Reich gerichtete Forderungen in Hoehe von 1.000 RM	--		
Verpflichtung zur Herausgabe des Reinertrages der Nutzung eines Grundstuecks bis zum 8.5.1945 in Hoehe von 2.000 RM	200,--	DM	
	2.265,--	DM	(Berlin: 2.250,-- DM)

Das Darlehen ist daher in Hoehe von 2.265,-- DM (bzw. 2.250,-- DM) zu gewaehren.

2. Beispiel.

Schadensersatz fuer Hausrat usw. im Wiederbeschaffungswert von 20.000 DM	20.000,--	DM	
Schadensersatz fuer entzogene Bankkonten in Hoehe von 100.000,-- RM	6.500,--	DM	(Berlin: 5.000,-- DM)
zusammen	26.500,--	DM	(Berlin: 25.000,-- DM)

Das Darlehen ist daher in Hoehe von 10.000,-- DM zu gewaehren.

9. Sind von einer Oberfinanzdirektion oder mehreren Oberfinanzdirektionen Darlehen im Gesamtbetrag von 10.000,-- DM gewahrt worden und ist mit diesem Betrag 50 v.H. der nach Ziffer 7 der Darlehensgewaehrung zugrunde zu legenden Betraege erreicht, so kann ein weiteres Darlehen nicht gewahrt werden. Bleibt der Darlehensbetrag um mindestens 1.000,-- DM unter 50 v.H. der nach Ziffer 7 der Darlehensgewaehrung zugrunde zu legenden Betraege, so ist ein Antrag auf Gewaehrung eines weiteren Darlehens mir nebst Bericht zur Entscheidung vorzulegen. Ein solches weiteres Darlehen darf nur zur Beseitigung einer Notlage des Berechtigten oder aus sonstigen wichtigen Gruenden, die eine weitere Darlehensgewaehrung als billig erscheinen lassen, bis zur Hoehe von 50 v.H. der nach Ziffer 7 der Darlehensgewaehrung zugrunde zu legenden Betraege gewahrt werden.

10. Ist das Deutsche Reich verurteilt worden, die Kosten eines Rueckerstattungsverfahrens zu tragen, so kann dem Berechtigten ein Darlehen in Hoehe der festgesetzten Kosten auch dann gewahrt werden, wenn die Voraussetzungen zu Ziff.3 nicht vorliegen.
11. Darlehen an Devisenauslaender sind von einer devisenrechtlichen Genehmigung abhaengig. Ich weise indessen auf den in Anlage III in Abschrift beigefuegten Genehmigungsbescheid der Landeszentralbank von Bayern hin und bitte, eine entsprechende Genehmigung von der zustaeendigen Landeszentralbank einzuholen.
12. Gemeesa. meinem Erlass vom 14.6.1954 - VI- O 1480 - 138/54 - ist auch kuenftig vierteljaehrlich ueber die Zahl und den Gesamtbeitrag der Darlehen zu berichten.
13. Die Darlehensvertraege sind nach dem anliegenden Muster (Anlage II) abzuschliessen.
14. Der Erlass vom 27.11.1954 - V B - O 1480 - 326/54 - wird aufgehoben.

Unterschrift

Anlage I zum Erlass vom 13.8.1956  
- V B/4 - O 1480 - 241/56

Deutsche Diplomatische Vertretung  
in

....., den .....

An die  
Oberfinanzdirektion  
in .....

Betr. Ermittlungen ueber die persoenlichen und wirtschaftlichen Verhaeltnisse des (der)

Name und Vorname:

Genaue Anschrift:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

zwecks Entscheidung ueber die Beduerftigkeit.

1.) Familienstand:

2.) Zahl und Alter der im Haushalt lebenden Kinder, fuer deren Unterhalt der Antragsteller aufkommt:

3.) Derzeit ausgeuebter Beruf:

4.) Hoehe des monatlichen Nettoeinkommens:  
(Aus Arbeitsverhaeltnis oder sonstigen Quellen)

5.) Hoehe des monatlichen Nettoeinkommens des Ehegatten:

6.) Welcher Betrag bildet das monatliche Existenzminimum eines dortigen Einwohners gleichen Familienstandes:

7.) Sonstige Gruende der Beduerftigkeit:  
(Koerperliche Gebrechen, Krankheit, Arbeitslosigkeit u. ae.)

Die vorstehenden Feststellungen wurden getroffen auf Grund von:

.....  
Unterschrift.

Darlehensvertrag

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, dieser vertreten  
durch den Oberfinanzpräsidenten . . . . .  
- Darlehnsgeber -  
und dem . . . . .  
- Darlehnsnehmer -

wird folgender Darlehensvertrag geschlossen:

§ 1

Auf Grund des Beschlusses des /der . . . . .  
/Vergleichs vor der/dem . . . . . steht/stehen dem Darlehnsnehmer ein  
rueckerstattungsrechtliche(r) Geldanspruch /Geldansprueche gegen  
das Deutsche Reich zu. Aus diesem Beschluss /Vergleich kann der  
Darlehnsgeber vor einer gesetzlichen Regelung der rueckerstattungs-  
rechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs nicht in  
Anspruch genommen werden.

Ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs gewahrt der Darlehns-  
geber dem Darlehnsnehmer ein unverzinsliches Darlehen in Hoehe von

DM

(in Worten:

Deutsche Mark)

§ 2

Das Darlehen wird durch Verrechnung mit den nach der kuenfti-  
gen gesetzlichen Regelung der rueckerstattungsrechtlichen Geldver-  
bindlichkeiten des Deutschen Reiches jeweils faellig werdenden Be-  
tragen des in § 1 genannten Anspruchs oder der weiteren dem Dar-  
lehnsnehmer gegen das Deutsche Reich zustehenden rueckerstattungs-  
rechtlichen Geldansprueche getilgt.

Sollte sich herausstellen, dass die in Absatz 1 genannten Rueck-  
erstattungsansprueche nach ihrer gesetzlichen Regelung zur Tilgung  
des Darlehens nicht ausreichen, so kann der Darlehnsgeber das  
restliche Darlehen mit einer Frist von 3 Monaten kuendigen. In  
diesem Falle hat der Darlehnsnehmer den seine Ansprueche ueber-  
steigenden Betrag dem Darlehnsgeber mit 4% vom Tage der Darle-  
henszahlung an zu verzinsen.

Das Darlehen ist ohne Kuendigung zurueckzuzahlen, wenn die Ge-  
wahrung des Darlehens auf unrichtigen Angaben des Darlehnsnehmers  
beruht.

§ 3

Zur Sicherung des Darlehens tritt der Darlehnsnehmer den/  
die in § 1 genannten rueckerstattungsrechtlichen Geldanspruch/  
Geldansprueche in Hoehe des gewaehrten Darlehens an den Darle-  
hnsgeber ab.

Der Darlehnsnehmer verpflichtet sich, die ihm gegen das  
Deutsche Reich zustehenden rueckerstattungsrechtlichen Geldan-  
sprueche, soweit sie nicht bereits nach Abs.1 abgetreten sind,  
nicht ohne ausdrueckliche Genehmigung des Darlehnsgebers an  
Dritte abzutreten oder zu verpfanden.

§ 4

Erfuellungsort fuer alle Verpflichtungen aus diesem Vertrage  
ist der jeweilige Sitz der das Darlehen gewachrenden Oberfinanz-  
direktion.

§ 5

Saemtliche mit diesem Vertrag verbundenen Kosten traegt der  
Darlehnsnehmer.

§ 6

- 2 -

§ 6

Die Auszahlung des Darlehens erfolgt an den Darlehensnehmer auf dessen Konto bei . . . . .

§ 7

(bei Devisenausländern)

Die devisenrechtliche Genehmigung der Darlehensgewährung ist durch Bescheid/ allgemeinen Bescheid der . . . . . vom . . . . . erfolgt.

Anlage III zum Erlass vom 13.8.1956  
- V B/4 - O 1480 - 241/56 -

Abschrift.

LANDESZENTRALBANK VON BAYERN

Der Vorstand  
Abt. Devisenbewirtschaftung

Muenchen  
Ludwigstr. 8

An die  
Oberfinanzdirektion Muenchen  
Muenchen  
Sophienstrasse 6

Ihr Zeichen Ihre Nachricht Abt. Unser Zeichen Tag  
vom IIB Kue/Sch. 21. Juni 1956

Betreff: Genehmigungsbescheid Nr. 44824 vom 23. September 1955 betr. generelle Genehmigung zur Gewährung von unverzinslichen Darlehen an Rückerstattungs berechnigte Devisenausländer im Vorgriff auf die von diesen zu erwartenden Wiedergutmachungsleistungen bis zum Betrage von 5.000.-- DM in Einzelfall.

Auf Grund einer Ermächtigung der Bank deutscher Länder wird unser Genehmigungsbescheid Nr. 44 824 vom 23.9.55 dahingehend erweitert, dass kuenftig

- a) der Abschluss und die Erfuellung von Vereinbarungen obiger Art ohne Rücksicht auf die Höhe des gewährten Darlehens (auch bei wiederholter Darlehensgewährung an den gleichen Wiedergutmachungsberechnigten) zugelassen sind und  
b) bei Darlehensgewährungen an Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in einem Lande des freien Währungsraumes Zahlung der Darlehenssumme sowohl in einer frei konvertierbaren ausländischen Währung als auch im Rahmen der Allgemeinen Genehmigung 18/49 (3. Neuf.) erfolgen darf.  
Auf die Einreichung von vierteljährlichen Meldungen an uns wird verzichtet.  
Die Einzahlung der jeweiligen Darlehenssumme auf Ausländer-Anderkonten bedarf jedoch weiterhin einer besonderen Genehmigung. Wir bitten, diesen Bescheid als Bestandteil unserer Genehmigung Nr. 44 824 zu behandeln und ihn mit dieser fest zu verbinden.

(Siegel)

Landeszentralbank von Bayern  
Der Vorstand  
Abt. Devisenbewirtschaftung  
gez. Unterschriften "

Mit den besten Gruessen

(F. Goldschmidt)



**End of Hans Strauss Collection**

---